

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.09.2016
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:33 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Lina
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Claaßen, Jens
Marsal, Andrea (ab 17:04 Uhr)

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin

Beratende Mitglieder
Geerken, Rainer
Grix, Wilhelm
Holle, Stefanie (bis 18:03 Uhr)
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst (ab 17:10 Uhr)

von der Verwaltung
Grendel, Volker
Knochenhauer, Annett
Snakker, Kerstin
Schabler, Martin

Protokollführung
Lenzion, Daje

Gast
Egbert, Thomas (Klinikum Emden)

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau E. Meyer bittet darum, den Tagesordnungspunkt 13 „Räumlichkeiten Emders Tafel – Sachstandsbericht“ vorzuziehen.

Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau E. Meyer stellt fest, die Verpflichtung des beratenden Mitgliedes Jörn Malanowski entfalle, da Herr Malanowski in der heutigen Sitzung nicht anwesend sei.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.05.2016

Beschluss: Das Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 25.05.2016 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit - nicht projektgebunden;
- Zuschüsse für das Jahr 2016
Vorlage: 16/2215

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss beschließt über die fristgerecht eingegangenen Anträge auf Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der offenen - nicht projektgebundenen - Seniorenarbeit für das Jahr 2016. Siehe hierzu Anlage zur Vorlage 16/2215.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Richtlinie über Zuschüsse zur Sprachförderung für Flüchtlinge
Vorlage: 16/2223

Herr Grendel stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Sprachqualifikation für Neuzugewanderte vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Marsal bittet um Auskunft, weshalb die Erfassung der Teilnehmerdaten so detailliert benötigt werde.

Herr Grendel schildert, dass die Namen der Teilnehmer bekannt seien. Die Teilnehmer müssten jedoch mit der jeweiligen Kompetenz in Verbindung gebracht werden. Es werde die Verbindung zwischen Person und sprachlicher Erfahrung benötigt, um die Ergebnisse zuordnen und Angebote steuern zu können. Dadurch könnten die zukünftigen Angebote genauer geplant sowie bedarfsgerecht neue Lehrkräfte aktiviert und qualifiziert werden. Die vorhandenen Lehrkräfte könnten dann in Modulen für Fortgeschrittene eingesetzt werden.

Frau E. Meyer möchte wissen, welche Qualifizierungen von den Lehrkräften gefordert werden.

Herr Grendel erklärt, die geforderte Qualifikation sei in den jeweiligen Kursen unterschiedlich. Personen, die einen Anfängerkurs unterrichten, benötigen keine so hohe Qualifizierung. In den fortgeschrittenen Kursen sei es dagegen sehr wichtig, dass die Lautsprache und Grammatik richtig übermittelt werde. Alphabetisierung erfordere ebenfalls einen sehr hohen didaktischen Anteil. Daher sei dort eine höhere Qualifizierung festgesetzt. Grundsätzlich werde eine Lehrbefähigung oder eine entsprechende Zertifizierung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erwartet.

Frau L. Meyer gibt an, die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da die Förderung der Sprachqualifikation äußerst wichtig sei.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss beschließt die anliegende kommunale Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Sprachqualifikation für Neuzugewanderte.

Da für eine solche Förderung derzeit keine Haushaltsmittel bereitgestellt wurden, erfolgt parallel zu dieser Vorlage die Beantragung einer außerplanmäßigen Ausgabe in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 19.09.2016,

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

wenn der Ausschuss für Gesundheit und Soziales in der heutigen Sitzung eine entsprechende Beschlussempfehlung fasst.

Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt unter Nutzung von Mehreinnahmen und/oder Ausgaberesten vollständig aus dem bestehenden Budget; es sind **keine zusätzlichen Haushaltsmittel** erforderlich.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Änderung der Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates der Stadt Emden
Vorlage: 16/2130/1

Frau Snakker erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Änderung der Satzung über die Bildung eines Seniorenbeirates der Stadt Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 16/2130/1 als Anlage beigefügte Änderungssatzung über die Bildung des Seniorenbeirates der Stadt Emden vom 10.06.1993, zuletzt geändert durch Beschluss des Rates am 26.04.2012.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 9
Dagegen: 2
Enthaltungen: 0

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Aktuelle Informationen zur Gesundheitsversorgung von Hilfeempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Vorlage: 16/2211

Herr Grendel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die aktuellen Informationen zur Gesundheitsversorgung von Hilfeempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer fragt, wie das Verfahren bei Notfällen sei.

Herr Grendel erklärt, dass Notfallbehandlungen von dem Verfahren ausgenommen seien. Ein Notfall sei dadurch charakterisiert, dass bei Nichtbehandlung Gefahr für Leib und Leben bestehe. Die Behandlung erfolge daher umgehend.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die Anfrage von Herrn Graf vom 02.05.2016 zu dieser Thematik durch diesen Tagesordnungspunkt beantwortet sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 10 Zuschussantrag Internationales Emden e. V.
Vorlage: 16/2213

Herr Grendel teilt mit, aufgrund der späten Genehmigung des Haushaltes konnte keine Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales gesetzt werden. Unter Berücksichtigung der in den Vorjahren getroffenen Entscheidungen sei ein Zuschuss in Höhe von 6.000,00 € an den Verein ausgezahlt worden, um die Sicherstellung des laufenden Betriebes zu gewährleisten. Aus diesem Grund sei in der heutigen Sitzung eine Mitteilungsvorlage vorgelegt worden. Der Verein habe einen wesentlich höheren Zuschuss beantragt, da mehr Kurse angeboten werden sollen. Diese zusätzliche beantragte Förderung könne im 2. Halbjahr im Rahmen der Sprachförderrichtlinie (TOP 7) erfolgen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

A N T R Ä G E V O N F R A K T I O N E N

TOP 11 Bildung einer Gesundheitsregion Aurich - Emden;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2016
Vorlage: 16/2212

Frau Marsal gibt an, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei ausführlich begründet. Sie bittet um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Grendel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation sowie anhand der Vorlage 16/2212 über das Thema Bildung einer Gesundheitsregion. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Marsal stellt fest, das Projekt werde wahrscheinlich nicht über das Jahr 2017 hinaus fortgesetzt. Die Stadt Emden hätte zwei Jahre Zeit gehabt, entsprechende Projektfördermittel zu beantragen, wenn der Antrag bereits vor einem Jahr behandelt worden wäre. Sie möchte wissen, weshalb die Bildung einer Gesundheitsregion sowie der „Runde Tisch“ nicht gleichzeitig vorbereitet werden. Die geplante Vorgehensweise stimmt nicht mit der Aussage überein, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Zusammenarbeit bezüglich dieses Themas vor dem Hintergrund der möglichen Realisierung eines Zentralklinikums in Georgsheil als flankierende Maßnahme die Planung unterstützen könne. Die Gesundheitsregion betreffe eher den ambulanten Bereich und habe ihres Erachtens daher mit dem Zentralklinikum nichts zu tun.

Herr Jahnke widerspricht der Aussage von Frau Marsal bezüglich des Zentralklinikums. Ausdrückliches Kriterium des Sozialministeriums bei der Realisierung des Zentralklinikums sei, dass Gesundheitszentren sowie die ambulante Versorgung an den derzeitigen Krankenhausstandorten organisiert werden. In den nächsten Jahren würden viele Ärzte in Emden in den Ruhestand verabschiedet, sodass dies ein elementares Thema sei. Die Situation in Aurich und Norden sei ähnlich. Die jetzige Entscheidung schließe nicht aus, dass zu einem späteren Zeitpunkt, konkrete Strukturen aufgebaut werden können. Das Thema Ärzteversorgung sei elementar wichtig. Dies sei von beiden Gebietskörperschaften eindeutig identifiziert worden. Die Thematik betreffe einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren.

Herr Grendel ergänzt, die Bildung einer Gesundheitsregion habe einen hohen administrativen Anteil. Es werde ein gemeinsames Berichtswesen sowie aufeinander abgestimmte Standards erwartet, sodass ein großer Verwaltungsaufwand entstehe. Die Verwaltung stehe der Bildung einer Gesundheitsregion positiv gegenüber, wenn sich herausstellt, dass eine Projektförderung notwendig und sinnvoll wäre. Die Verwaltung schlage aber zur Vermeidung eines unnötigen

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

administrativen Aufwands vor, zunächst im Rahmen einer freien Kooperation die kassenärztliche Vereinigung bei der Ärzteversorgung zu unterstützen.

Frau Marsal bemerkt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei davon ausgegangen, dass die Bildung einer Gesundheitsregion zwischen zwei Gebietskörperschaften mehr Gewicht habe als ein „Runder Tisch“. Sie bittet nochmals um Auskunft, weshalb die Strukturen nicht parallel aufgebaut werden.

Herr Grendel wiederholt, mit der Bildung einer Gesundheitsregion sei ein extrem hoher administrativer Aufwand verbunden. Es müsste ein gemeinsames Konzept sowie eine gemeinsame Datenbasis entwickelt werden, um einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 25.000,00 € für eine rein administrative Stelle zu erhalten. Dieser Aufwand könne zurzeit nicht geleistet werden, da die Personalkapazitäten zu gering seien. Die freie Kooperation beschäftigte sich dagegen unmittelbar mit dem Sachproblem und es könnten früher Maßnahmen abgeleitet werden.

Frau E. Meyer lässt zunächst über den Beschlussentwurf der Antragstellerin abstimmen:

Beschluss: Auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird verwiesen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 2
Dagegen: 9
Enthaltungen: 0

Danach erfolgt die Abstimmung über den abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung.

Abweichender Beschlussentwurf der Verwaltung:

Die Gebietskörperschaften werden die kassenärztliche Vereinigung im Rahmen einer inhaltlichen Kooperation bei der Sicherung der zukünftigen ärztlichen Versorgung gemeinsam im Wege einer Kooperation unterstützen, um die Rahmenbedingungen für Niederlassungen zu verbessern.

Die mit hohem Aufwand verbundene Bildung einer Gesundheitsregion, für die aus heutiger Sicht keine Veranlassung besteht, bleibt eine zukünftige Option, wenn diese in finanzieller und inhaltlicher Hinsicht einen Vorteil für die gemeinsamen Ziele bietet (z. B. Einwerben von ggf. notwendigen umfangreicheren Projektfördermitteln).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 9
Dagegen: 2
Enthaltungen: 0

TOP 12 Teilhabekonferenz; - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2016
Vorlage: 16/2224

Frau L. Meyer verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion und bittet um Vortrag der Verwaltung.

Herr Grendel teilt mit, der Beirat für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen habe am 20.09.2016 ein entsprechendes Teilhabeforum geplant. Aus diesem Grund mache die Teilhabekonferenz im geringen zeitlichen Abstand zu der Veranstaltung keinen Sinn. Die Verwaltung

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

habe sich mit dem Beirat abgestimmt und plane im nächsten Frühjahr die Durchführung einer Teilhabekonferenz unter Einbezug der Themen aus dem Teilhabeforum. Des Weiteren finde voraussichtlich am 20.10.2016 eine Konferenz für Migration und Teilhabe statt. Die Konferenzen sollten zukünftig zeitlich gebündelt und besser miteinander verzahnt werden, um möglichst gute Ergebnisse zu erzielen. Bezüglich der beantragten Beteiligung des Beirates für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen bei der Sanierung der Jahnstraße werde der Bau- und Entsorgungsbetrieb dieses exemplarisch im weiteren Verfahren vorsehen.

Anmerkung der Protokollführung:

Lt. Mitteilung des FB Gesundheit und Soziales ist die Konferenz für Migration und Teilhabe auf den 22.11.2016 verlegt worden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Räumlichkeiten Emdener Tafel - Sachstandsbericht;
- Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.07.2016
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2016
Vorlage: 16/2222

Herr Grendel erläutert, die CDU-Fraktion habe eine Anfrage sowie die FDP-Fraktion einen Antrag bezüglich der Räumlichkeiten für die Emdener Tafel gestellt. Er betont, dass die Stadt Emden im ständigen Kontakt mit der Caritas stehe. Es bedarf jedoch Zeit, ein geeignetes Objekt zu finden. Die über die Medien geführten Diskussionen würden die jeweiligen Mietpreisverhandlungen erschweren.

Frau Holle gibt an, sie habe am 20.01.2016 im Ausschuss über die Arbeit der Emdener Tafel berichtet. Die Verwaltung sowie die Politik unterstütze die Emdener Tafel bei der Suche von Räumlichkeiten enorm und stehe in intensivem Kontakt. Selbstverständlich sei es bedauerlich, dass die Räumlichkeiten am Sielweg nicht genutzt werden können. Die Stimmung und Hoffnung der Ehrenamtlichen leide darunter. Die Situation sei für die Kunden ebenfalls nicht mehr lange tragbar. Dennoch mache es keinen Sinn, voreilig ungeeignete Räume zu mieten.

Frau L. Meyer bedankt sich für die Ausführungen. Alle Fraktionen hätten sich die Räumlichkeiten in der Beuljenstraße angeschaut. Die Bedingungen seien dort nicht zumutbar. Ebenso werde das Wetter im Dezember problematisch. Daher begrüßt sie, dass die Stadt Emden bei der Suche intensiv Unterstützung leiste.

Herr Hoofdmann bedauert ebenfalls, dass die Räumlichkeiten am Sielweg nicht genutzt werden können. Er fragt, ob bereits abgewogen worden sei, im Industriegebiet möglicherweise selbst eine Halle zu errichten. Eventuell könnten Zuschüsse beantragt werden.

Herr Kronshagen betont, dass es äußerst wichtig sei, bis zum nächsten Winter neue Räumlichkeiten zu finden. Die derzeitige Situation bei der Essensausgabe sei unzumutbar.

Herr Grendel bestätigt, dass selbstverständlich alle Optionen überprüft würden. Die haushaltsrechtlichen Vorgaben müssten jedoch ebenfalls berücksichtigt werden. Bei einem Neubau müssten zunächst Investitionskosten beantragt werden.

Er stellt darüber hinaus fest, dass die in Frage kommenden Mietobjekte mit einem wesentlich besseren Zustand, einen deutlich höheren Mietpreis hätten. Eine Risikoabdeckung reiche dann nicht mehr aus, sodass ein echter Zuschuss durch den Rat beschlossen werden müsste.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau E. Meyer bittet um Auskunft, ob eventuell ein Wohncontainer mit Elektro- und Wasseranschlüssen angemietet werden könnte.

Herr Grendel schildert, das Mieten eines Containers sei natürlich ebenfalls eine Option. Ein entsprechend großer Container mit Sanitäreinrichtung und Sozialräumen koste jedoch bis zu 20.000 € Miete im Monat. Diese Container würden meist temporär für Baumaßnahmen genutzt. Er weist darauf hin, dass auch für einen Container alle Außenanschlüsse hergestellt sowie ein Grundstück zur Verfügung stehen müsste.

Herr Götz schlägt vor, dass Gebäude der Alten Post für eine Nutzung zu überprüfen. Seines Erachtens wäre der zentrale Standort ideal. Sicherlich gebe es noch viele weitere Möglichkeiten in der Stadt, die der Verwaltung vorgeschlagen werden könnten.

Herr Grendel weist darauf hin, dass die Verwaltung selbstverständlich für jeden Hinweis dankbar sei. Es seien jedoch bereits viele leerstehende Immobilien baurechtlich oder nach Besichtigung ausgeschlossen worden. Es sei nicht dienlich, nun ein Gebäude öffentlich zu nennen und über die Tauglichkeit zu diskutieren. Das Gebäude werde derzeit genutzt und sei einem anderen Fachbereich zugeordnet.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Grendel berichtet unter Bezug auf den Vortrag am 15.03.2016 zum Thema Sozialplanung, dass in der Wilhelm-Leuschner-Straße ein Stadtteil- und Gemeinwesenbüro eingerichtet werde. Herr Schabler habe die Daten aufbereitet und werde diese in einem Vortrag vorstellen.

Herr Schabler berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Aufbau einer Gemeinwesenarbeit in der Wilhelm-Leuschner-Straße. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Grendel bemerkt, der Bereich solle sukzessive auf- und ausgebaut werden. Ab Oktober könnten erste Sprechzeiten angeboten werden. Dies solle zunächst niederschwellig beginnen. Die Räumlichkeiten würden ebenfalls anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Das Angebot sei eine Ergänzung zur seit Jahren bestehenden erfolgreichen Arbeit der Stadtteilinitiative Borssum. Die Verwaltung wolle mit den Einrichtungen vor Ort kooperieren.

Herr Müller-Goldenstedt möchte wissen, wo sich die Wohnung in der Wilhelm-Leuschner-Straße befindet.

Herr Grendel erklärt, die Wohnung befinde sich in der Wilhelm-Leuschner-Straße 45, Erdgeschoss links. An dem Gebäude werde selbstverständlich ein entsprechendes Schild befestigt.

TOP 15 Anfragen

Herr Hoofdmann gibt an, in der Emdener Zeitung sei das Thema „Hausärztliche Versorgung in der Zukunft“ thematisiert worden. Ihn hätte interessiert, was die Verwaltung unternehme dieser Entwicklung gegenzusteuern. Im Beratungsgegenstand zur Bildung einer Gesundheitsregion sei die Frage jedoch bereits beantwortet worden.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Grendel erklärt, der Betrachtungsbereich der kassenärztlichen Vereinigung umfasse nicht das eigentliche Gebiet der Stadt Emden, sondern sei größer geschnitten. Die Zahlen und Prozente müssen daher nicht zwingend für Emden zutreffen. In Emden gebe es zurzeit nominell eine Überversorgung von 106 %. Diese Überversorgung erschwere das Einwerben von Zuschüssen. Die hausärztliche Versorgung werde in Emden in den nächsten Jahren jedoch ebenfalls problematisch, sodass bereits jetzt Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Mediziner gehen von 15 Jahreszyklen aus. Frühe Maßnahmen z. B. im Bereich des Studiums hätten einen sehr langen Nachlauf, bis die Assistenzärzte tatsächlich in die Niederlassung gehen können. Es müssten Angebote geschaffen werden, um die Selbstständigkeit durch Niederlassung in Emden für Ärzte attraktiv zu gestalten.

Herr Claaßen merkt an, dass Thema sei vor einigen Wochen bei einer Veranstaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen thematisiert worden. Die Stadt sei für ihr Verhalten in der Vergangenheit stark kritisiert worden. Insbesondere werde der Stadt vorgeworfen, dass Anfragen zu kleinen finanziellen Förderungen abschlägig beschieden werden und man nicht kooperativ sei. Andererseits sei gerade erläutert worden, dass bereits viele Maßnahmen durchgeführt werden. Er bedauert, dass der Landkreis Aurich sich zum Thema Bildung einer Gesundheitsregion negativ positioniert habe.

Herr Grendel könne zu der Vergangenheit nur eingeschränkt Stellung nehmen. Er moniert, dass das Thema auf eine einzige Sachentscheidung reduziert werde. Die damalige Anfrage sei gewesen, ob Personen aus Oldenburg, die in Emden eine Praxiszeit von drei Wochen absolvieren, einen täglichen Fahrtkostenzuschuss von 30,00 € erhalten. Ein solcher Zuschuss stelle auch aus seiner Sicht keine Bindung zur Stadt her, stattdessen könnten aber zum Beispiel kostenlose oder kostengünstige Übernachtungsangebote eine sinnvolle Maßnahme sein. Einer sinnvollen Förderung verschließe sich die Stadt Emden nicht. Die Förderung sollte eine Bindungswirkung erzielen. Die Ärzteversorgung sei zentrale Aufgabe der kassenärztlichen Vereinigung. Die Stadt könne lediglich unterstützen und assistieren.

Herr Götze meint, die kassenärztliche Vereinigung könne mehr Initiative zeigen, um Maßnahmen in Regionen mit Problemen voranzubringen.

Herr Claaßen merkt an, die kassenärztliche Vereinigung werde nicht tätig, solange Emden eine rechnerische Ausstattung von 106 % aufweise. Es sei durchaus eine Aufgabe der Verwaltung, das Thema ebenfalls zu bearbeiten und frühzeitig in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Herr Jahnke bemerkt, der Verwaltungsvorstand habe sich in den letzten Jahren intensiv mit der Ärzteversorgung sowie mit der medizinischen und pflegerischen Versorgung in der Zukunft beschäftigt. Bei der dargestellten Entscheidung handle es sich um einen konkreten Einzelfall. Das Klinikum unterstütze die Studierenden bereits intensiv. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aurich sei äußerst positiv. Es sei neben dem Zentralklinikum ein ebenso wichtiges Thema.

Herr Grendel stellt fest, dass man gemeinsam mit dem Landkreis Aurich zu der Entscheidung gekommen sei, zunächst in einer freien Kooperation zu arbeiten. Es sei eine gleichlautende Vorlage im Landkreis Aurich behandelt worden. Bei dem gemeinsamen Arbeitskreistreffen seien bereits viele Ideen entstanden, die auch die Nachnutzung von Krankenhäusern betreffen würden.

Herr Thomas Egbert (Klinikum Emden) trägt auf Wunsch des Ausschusses zur Thematik „Hausärztliche Versorgung in der Zukunft“ vor.

Frau Marsal wünscht, dass zukünftig viel mehr Informationen über die getätigten Maßnahmen in der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Protokoll Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau E. Meyer bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses sowie bei der Verwaltung für die hervorragende Zusammenarbeit.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.